

Die große Krise - Anmerkungen zu Diagnose und Therapie

Stephan Schulmeister

Mag. Dr. Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO, Wien

Im ersten Teil dieses Essays möchte ich verdeutlichen: Die derzeitige Krise ist eine Krise jenes ökonomischen Systems, das sich in den letzten 30 Jahren herausbildete, der Finanzkapitalismus. Dieses „Regime“ steht in markantem Gegensatz zum Realkapitalismus der ersten Hälfte der Nachkriegszeit. Im Realkapitalismus lenken die Rahmenbedingungen die Triebkraft ökonomischer Dynamik, das Gewinnstreben, systematisch auf realwirtschaftliche Aktivitäten, im Finanzkapitalismus hingegen auf Finanzveranlagung und -spekulation. Die Krise markiert den Anfang vom Ende der finanzkapitalistischen Entwicklungsphase und damit gleichzeitig den Beginn einer neuen Talsohle des „langen Zyklus“ (die letzte fiel in die 1930er Jahre). Im zweiten Teil möchte ich aus dieser Standortbestimmung einige Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise in Österreich ableiten.

1. Von der US-Finanzkrise zur neuen Weltwirtschaftskrise

Die „gängige“ Erklärung der Krise lässt sich so zusammenfassen: Gierige Bankmanager in den USA hatten Hypothekarkredite an nahezu Mittellose vergeben, gefördert durch den Boom der Immobilienpreise und niedrige Zinsen. Als letztere stiegen und die Immobilienpreise fielen, wurden Millionen Hausbesitzer zahlungsunfähig und delogiert. Da die Banken die Kredite zu (hybriden) Wertpapieren gebündelt und weltweit verkauft hatten, weitete sich die US-Krise zu einer globalen Finanzkrise aus. Trotz fortgesetzter Zinssenkungen und massiver „Liquiditätsspritzen“ wurde es für Unternehmen und Haushalte immer schwerer, einen (günstigen) Bankkredit zu bekommen. Auf diese Weise erfasste die Finanzkrise auch die Realwirtschaft.

Diese Erklärung stellt eine Symptomdiagnose dar, ihr entspricht die Symptomkur: Faule Kredite „entsorgen“, Liquidität bereitstellen, den Banken Eigenkapital zuführen, an diese appellieren, einander wieder Vertrauen zu schenken und mehr Kredite zu vergeben.

Tatsächlich ist die Krise eine solche jenes Systems, das sich in den vergangenen 30 Jahren zunehmend an der Losung „Lassen Sie ihr Geld arbeiten“ orientierte. Ich nenne diese Ausprägung einer Marktwirtschaft „Finanzkapitalismus“ im Gegensatz zum „Realkapitalismus“, welcher die erste Hälfte der Nachkriegszeit geprägt hatte.

Die Verlagerung des Gewinnstrebens von realwirtschaftlichen Aktivitäten zu Finanzveranlagung und -spekulation kommt insbesondere an der Entwicklung der Vermögenspreise zum Ausdruck. Tatsächlich war der Boom der Immobilienpreise in den USA (aber auch in Großbritannien und Spanien) nur eine Form der außer Rand und Band geratenen „*asset prices*“, noch krasser entwickelten sich die Preise von Aktien und Rohstoffen. So sind die Aktienkurse zwischen 2003 und 2007 in Deutschland auf das 3,5-fache und in Österreich fast auf das 5-fache gestiegen, die Rohstoffpreise haben sich zwischen 2005 und Mitte 2008 mehr als verdreifacht.

All diese Preisbooms („*bubbles*“) wurden primär durch Spekulation vorangetrieben, insbesondere mit Hilfe von Finanzderivaten. Nachdem die Preise von Immobilien, Aktien und Rohstoffen dadurch jahrelang viel zu stark gestiegen waren, kippte die Bewegung in die Gegenrichtung (Derivatspekulation auf fallende Kurse ist nicht weniger profitabel als eine solche auf steigende Kurse). Daraus folgt:

- Die Finanzkrise stellt keinen (misslichen) Zustand dar, der durch „Entsorgung“ von faulen Krediten und mehr Eigenkapital für die Banken überwunden werden kann, sondern einen dynamischen Prozess der simultanen Entwertung von Aktien, Immobilien und Rohstoffen.
- Das Potential für die aktuelle Krise wurde in der etwa 30 Jahre lang dauernden Ausbreitung des Finanzkapitalismus gewissermaßen „aufgebaut“.
- Konkret wurde das „Absturzpotehtial“ der Immobilienpreise, Aktienkurse und Rohstoffpreise durch den vorangegangenen „Dreifachboom“ geschaffen.
- Die Entwertung des Vermögens der Haushalte (insbesondere auch ihrer Pensionsansparungen) lässt den Konsum schrumpfen, in Österreich zusätzlich wegen des Wertverlusts der „Tilgungsträger“ der „Häuslbauer“.
- Die Entwertung des von den Banken, aber auch von Industriekonzernen, akkumulierten Finanzvermögens ließ die Investitionen der Unternehmen massiv einbrechen. Gleichzeitig ging auch die Importnachfrage der rohstoffproduzierenden Länder dramatisch zurück.

Die „Schubumkehr“ der Vermögenspreise wird auch eine „Schubumkehr“ im Denken und Handeln einleiten, nämlich die Abkehr von jenem System, das die vergangenen 3 Jahrzehnte prägte, der Finanzkapitalismus.

2. Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Die Nachkriegsgeschichte wurde von zwei gegensätzlichen Formen einer kapitalistischen Marktwirtschaft geprägt, Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Die Aufschwungsphase im langfristigen Entwicklungszyklus wird von realkapitalistischen Rahmenbedingungen geprägt, die Abschwungsphase vom Finanzkapitalismus (Schulmeister, 1998, 2004).

Die wichtigsten Komponenten bzw Merkmale des Realkapitalismus sind (Übersicht 1):

- Dominanz eines „Interessenbündnisses“ zwischen Arbeit und Realkapital, die Interessen des Finanzkapitals sind „ruhig gestellt“.

- Das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften ist durch eine enge Zusammenarbeit charakterisiert.
- Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen.
- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat mehrere Ziele im Visier, insbesondere Vollbeschäftigung, ein hohes Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit.
- Der Wirtschaftspolitik orientiert sich an der keynesianischen Theorie, welche davon ausgeht, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft immer wieder (schwere) Krisen produziert, die zumeist von den Finanzmärkten ausgehen.
- Der Hauptansatz zur Diagnose und Therapie ökonomischer Probleme ist systemisch, dh, man versucht, Probleme aus der Interaktion verschiedener Variablen zu begreifen.
- Die Finanzierungsbedingungen fördern die Realwirtschaft: Der Zinssatz wird von den Notenbanken stabil und auf einem unter der Wachstumsrate liegenden Niveau gehalten, die Wechselkurse sind fest, die Rohstoffpreise stabil.
- Die Rahmenbedingungen werden durch die Politik also so gesetzt, dass sich Vermögen am besten durch realwirtschaftliche Aktivitäten vermehren lassen.
- Der Realkapitalismus kann deshalb auch als ein „Spiel“ angesehen werden, bei dem der „Gesamtkuchen“ notwendigerweise wächst. Ein solches Positivsummenspiel mildert Verteilungskonflikte erheblich.

Der Versuch einer Kombination von Markt und Staat, von Konkurrenz und Kooperation, von individueller Entfaltung und sozialer Verantwortung, und damit auch der Versuch einer Integration gesellschaftlicher Gegensätze, prägte die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit („Sozialen Marktwirtschaft“). Diese Transformation des „hässlichen Kapitalismus“ der 1930er Jahre war Resultat der „Aufarbeitung“ der Weltwirtschaftskrise, zusätzlich gefördert durch den „Kalten Krieg“.

In polit-ökonomischer Hinsicht lässt sich feststellen: Der Realkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame ökonomische Interesse von Realkapital und Arbeit den Gegensatz ihrer politischen Interessen überwiegt.

Die meisten Merkmale des Finanzkapitalismus sind jenen des Realkapitalismus direkt entgegengesetzt und bedürfen daher keiner Kommentierung (*Übersicht 1*). Einzelne Elemente sollen ergänzend erläutert werden:

- Das „Interessenbündnis“ zwischen Real- und Finanzkapital manifestiert sich nicht nur in der Ent-Fesselung der Finanzmärkte, sondern auch in den wirtschaftspolitischen Hauptzielen der Geldwertstabilität, „solider“ Staatsfinanzen und einer sinkenden Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen).
- Das politische Hauptziel von Real- und Finanzkapital, Sozialstaat und Gewerkschaften zu schwächen, wird durch den Neoliberalismus „wissenschaftlich“ legitimiert.
- Diese auch von den Unternehmer(vertretern) übernommene „Weltanschauung“ und die darauf basierende Politik von Sozialabbau und Deregulierung verursacht eine zunehmende Entfremdung zwischen den Sozialpartnern.

Übersicht 1: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

	Realkapitalismus	Finanzkapitalismus
Implizites Bündnis	Arbeit & Realkapital	Realkapital & Finanzkapital
Unternehmer/Gewerkschaften	Korporatismus	Konflikt
Staat/Markt	Komplementär	Antagonistisch
Wirtschaftspolitische Ziele	Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Geldwertstabilität	Geldwertstabilität, „solide“ Staatsfinanzen, sinkende Staatsquote, Regelbindung der Politik, Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft
Wirtschaftspolitisches „Machtzentrum“	Regierungen	Notenbanken
Wirtschaftswissenschaftliches Modell	Keynesianismus	Monetarismus/Neoliberalismus
Diagnose/Therapie	Systemisch	Symptomorientiert
Finanzielle Rahmenbedingungen	Zinssatz < Wachstumsrate, „ruhige“ Aktienmärkte, stabile Wechselkurse und Rohstoffpreise	Zinssatz > Wachstumsrate, „boom“ und „bust“ auf Aktienmärkten, instabile Wechselkurse und Rohstoffpreise
Gewinnstreben fokussiert auf	Realwirtschaft (Positiv-Summenspiel)	Finanzwirtschaft (Null-Summenspiel)
Relativ begünstigt sind	Schuldner(sektoren)	Gläubiger(sektoren)
Dominanz der Institutionen der Kapitalvermehrung	Industrie / nationale und internationale Gütermärkte	Finanzsektor / nationale und internationale Finanzmärkte
Wirtschaftsmodell	Soziale und regulierte Marktwirtschaft	(„Reine“) Marktwirtschaft
Gesellschaftspolitische Ziele	Chancengleichheit, individuelle Entfaltung, sozialer Zusammenhalt	Rahmenbedingungen schaffen für: „Jeder ist seines Glückes Schmied“
Fokus der Globalisierung	Monetäre Rahmenbedingen (Weltwährungssystem), Regulierung der Finanzmärkte, Liberalisierung der Gütermärkte, (GATT), kooperative Wachstumsstrategien (Marshall-Plan, Entwicklungshilfe)	De-Globalisierung des „Systems Politik“, Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte

- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierungen zu den Notenbanken kommt in Europa insbesondere in der Machtausstattung der Europäischen Zentralbank zum Ausdruck.
- Die von den Notenbanken praktizierte Geldpolitik führt dazu, dass das Zinsniveau die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt. Dies verschlechtert die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen und den Staat nachhaltig.

- Schwankende Wechselkurse und Rohstoffpreise, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze und zunehmende Gewinnchancen kurzfristiger Finanzspekulation dämpfen das Wachstum der Realinvestitionen und damit der Gesamtwirtschaft.
- Der Neoliberalismus wurde somit nicht durch die Popularität seiner Forderungen geschichtsmächtig, sondern durch die „Hintertür“ der Entfesselung der Finanzmärkte: Diese ließ Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen, Sozialabbau und Deregulierung wurden zu „Sachzwängen“.

In polit-ökonomischer Hinsicht gilt: Der Finanzkapitalismus stellt ein Regime dar, in dem das gemeinsame politische Interesse von Real- und Finanzkapital an einer Schwächung von Gewerkschaften und Sozialstaat einen größeren Stellenwert hat als der Gegensatz ihrer ökonomischen Interessen.¹

3. Zur Position der großen Krise im polit-ökonomischen Entwicklungszyklus

Die Position der gegenwärtigen Krise im letzten „langen Zyklus“ lässt sich folgendermaßen skizzieren (*Schulmeister*, 1998, 2004):

- Finanzkapitalistische Rahmenbedingungen in den 1920er Jahren (vom Aktienboom bis zur Dominanz der neoklassischen Wirtschaftstheorie) bauten das Potential für die Weltwirtschaftskrise auf, ausgelöst durch den Börsenkrach von 1929.
- Die Depression der 1930er Jahre markiert die Talsohle des „langen Zyklus“. Ihre Folgen waren verheerend. Dementsprechend radikal fiel die Aufarbeitung der Krise aus.
- Diese erbrachte eine neue Wirtschaftstheorie (Keynesianismus), und eine darauf aufbauende Neugestaltung des Verhältnisses von Markt und Staat (aktive Konjunktur-, Wachstum- und Sozialpolitik, stabiles Weltwährungssystem, etc). Auch das Verhältnis von Güter- und Finanzmärkten wurde neu gestaltet, erstere liberalisiert, letztere reguliert.
- Damit waren die Rahmenbedingungen für die realkapitalistische Phase des „langen Zyklus“ geschaffen. Politisch abgesichert wurde dieses „Regime“ durch den „großen Konsens“ zwischen Arbeit und Realkapital („Rheinischer Kapitalismus“, Sozialpartnerschaft) auf Basis des Modells der Sozialen Marktwirtschaft.

¹ Der Gegensatz zwischen finanzkapitalistischem „Lassen wir Ihr Geld für uns arbeiten“ und unternehmerischem Gewinnstreben wird in der gegenwärtigen Krise immer offenkundiger. Die Finanzinstitutionen, insbesondere ihre „*global players*“, hatten sich von Dienern der Realwirtschaft zu „Finanzalchemisten“ verwandelt (siehe dazu etwa die jüngsten Gewinne von *Goldman Sachs*, die jedem der 30.000 Beschäftigten ein jährliches Durchschnittseinkommen von etwa \$ 1 Mio ermöglichen). Allerdings hatten die Unternehmer(vertreter) selbst in den letzten 25 Jahren den Neoliberalismus als „ihre“ Ideologie „adoptiert“, verführt durch seine gegen Gewerkschaften und Sozialstaat gerichtete Lösungen. Tatsächlich ist der Neoliberalismus immer die Ideologie des Finanzkapitals gewesen. Für die irrtümliche „Adoption“ zahlen jetzt (auch) die Unternehmer einen hohen Preis.

- Hohes Wirtschaftswachstum, Ausbau des Sozialstaats und anhaltende Vollbeschäftigung zogen in den 1960er Jahren eine (schleichende) Machtverlagerung zugunsten der Gewerkschaften (und der Sozialdemokratie) nach sich. Die damit verbundene Umverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen, die massive Zunahme von Streiks, die Forderung nach immer mehr Mitbestimmung, das Jahr 1968 und die drohende „Abwanderung“ der Intellektuellen ins „linke Lager“ trugen wesentlich zur Abkehr der Unternehmer vom Interessebündnis mit der Arbeit bei.
- Die ideologische und wirtschaftspolitische Basis für das sich in den 1970er Jahren formierende Interessebündnis zwischen Realkapital und Finanzkapital bildete der Neoliberalismus.
- Die Durchsetzung seiner Forderungen wurde durch die „Hintertür“ der Entfesselung der Finanzmärkte erreicht. Der etappenweise Übergang zu finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen schuf jene „Sachzwänge“ in Gestalt steigender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, welche Gewerkschaft und Sozialstaat nachhaltig schwächten.
- Gleichzeitig nahm die Instabilität der wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse, zu. Nach einem gleichzeitigen Boom der Preise von Immobilien, Aktien und Rohstoffen zwischen 2003 und 2007 führte die „Schubumkehr“ zu einer dramatischen Vermögensentwertung und damit zu einer neuen Weltwirtschaftskrise. Damit ist der Anfang vom Ende des „langen Zyklus“ erreicht.

4. Kriterien für die Ausgestaltung der Maßnahmen zur Krisenbekämpfung

Trotz umfangreicher Konjunkturpakete dürfte die Wirtschaft in der EU 2009 um etwa 4% schrumpfen: Von den vier Sektoren einer Volkswirtschaft schränken sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen und das Ausland ihre Nachfrage ein. Die Haushalte versuchen, mehr zu sparen (Erhöhung ihres Finanzierungsüberschusses), die Unternehmen versuchen, weniger zu ent-sparen (Reduktion ihres Defizits) und das Ausland versucht, seine Leistungsbilanz durch Importeinschränkungen zu verbessern.

In einer solchen Situation muss sich der Finanzierungssaldo des Staates in dem Ausmaß verschlechtern, indem die anderen (privaten) Sektoren ihn zu verbessern versuchen. Denn die Summe der Salden aller vier Sektoren ist Null. Will der Staat eine solche Verschlechterung nicht akzeptieren, so wird der Schrumpfungsprozess der Gesamtwirtschaft beschleunigt. Dies macht wiederum die Sparbemühungen des Staates zunichte („Sparparadox“).

Besonders markant zeigte sich die Wirksamkeit des „Sparparadox“ in den 1990er Jahren in Deutschland, wo das Budgetdefizit immer größer ausfiel als von Finanzminister Waigel mit seinen Sparpaketen angepeilt. Umgekehrt drehte sich der Budgetsaldo in den USA unter *Präsident Clinton* von einem Defizit von fast 6% des BIP (1992) in einen Überschuss von etwa 2% des BIP (2000) ohne Sparpakete. Denn die Fiskalpolitik der USA orientiert sich an der Interaktion der Finanzierungssalden

aller Sektoren. Diese Haltung erklärt, warum die USA (aber auch China) die anwachsende Krise mit einer viel expansiveren Fiskalpolitik bekämpften als die EU-Länder.

In der EU ging das Verständnis für die systemischen Determinanten von Budgetdefizit und Staatsverschuldung immer mehr verloren. Denn die „Philosophie“ der Maastricht-Kriterien (1992) impliziert, dass es der Staat allein in der Hand hat, seinen Finanzierungssaldo zu bestimmen. Diese Vorstellung vernachlässigt die Interaktion aller Salden in der Gesamtwirtschaft, beruht also auf einem Denkfehler.

Wegen des kumulativen Charakters des drohenden Kontraktionsprozesses ist es entscheidend, dass die Politik solche Maßnahmen setzt, welche eine maximale „Bremswirkung“ entfalten und zusätzlich den Boden für einen Wirtschaftsaufschwung bereiten:

- Die Maßnahmen müssen rasch umgesetzt werden können, also unmittelbar die Nachfrage von Haushalten, Unternehmen oder des Staates steigern.
- Die Maßnahmen sollen den sozialen Zusammenhalt stärken, also spezifisch die Lage der von der Krise am stärksten Betroffenen verbessern (andernfalls droht ein Auseinanderdriften in der Gesellschaft, das von rechtspopulistischen Parteien ausgenutzt und verstärkt wird).
- Innerhalb der EU müsste die Solidaritätspflicht der (finanz)stärkeren Länder gegenüber den (finanz)schwächeren EU-Mitgliedern wahrgenommen werden (andernfalls könnten die „zentrifugalen“ Kräfte innerhalb der EU noch stärker werden).
- Die Maßnahmen sollen auch langfristig effizient sein, also nicht nur dem Entwicklungsniveau einer Volkswirtschaft entsprechen (etwa im Hinblick auf die internationale Arbeitsteilung), sondern auch ökologisch und sozial nachhaltig sein.
- Die Maßnahmen müssen die gemeinsamen Interessen von Arbeit und Realkapital stärken und jene des Finanzkapitals wieder auf die Finanzierung realwirtschaftlicher Aktivitäten fokussieren.

Schließlich sollen die Maßnahmen die Zuversicht der BürgerInnen stärken. Dies gelingt dann, wenn die Politik nach einem umfassenden Plan vorgeht mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern. Zwei „große gesellschaftliche Designs“ sollten eine europäische Krisenstrategie prägen: Innovativer Ausbau des Europäischen Sozialmodells und Verbesserung der Umweltbedingungen, insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel.

Die EU-weite Stärkung der Sozialstaatlichkeit würde nicht nur die Furcht vor sozialem Abstieg dämpfen, sondern auch die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und Wertvorstellungen der BürgerInnen in Europa und den Konzepten der EU-Eliten verringern. Denn Identität kann nicht der gemeinsame Markt stiften, sondern das, worauf man stolz ist, und das gleichzeitig die europäischen Gesellschaften am markantesten von anderen Ländern, insbesondere den USA, unterscheidet: Die sozialstaatliche Organisation des Gesundheitswesens, die Absicherung von Arbeitslosen, die Altersvorsorge und das Bildungswesens. In all diesen Bereichen hat die von den europäischen Eliten vorangetriebene Schwächung des Europäischen Sozialmodells die Entfremdung zwischen den europäischen BürgerInnen und „ihrer“ EU in den vergangenen 15 Jahren vertieft.

Die soziale Komponente einer Erneuerung des Europäischen Modells muss auf breiter Front um die ökologische Komponente ergänzt werden, nicht zuletzt auf Grund des Klimawandels. Für eine ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft gibt es eine breite Zustimmung der Bevölkerung, und zwar umso mehr, je klarer wird, dass dadurch auch die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpft werden können.²⁾

5. Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in Österreich

In den kommenden Monaten droht die Arbeitslosigkeit weiter stark anzusteigen. Dies würde den kumulativen Kontraktionsprozess verstärken. Um dies zu verhindern, muss eine Reihe von Maßnahmen sofort gesetzt werden, manche davon – etwa die thermische Gebäudesanierung – sollten im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung über Jahre fortgeführt werden.

5.1 Massive Ausweitung und Flexibilisierung von Kurzarbeit

Die Verlängerung der vom AMS finanziell unterstützten Kurzarbeit auf 24 Monate ist die klügste aller kurzfristig orientierten Maßnahmen der österreichischen „Anti-Krisen-Politik“. Es müssen allerdings noch große Anstrengungen unternommen werden, damit diese Möglichkeit auch maximal genützt wird. Konkretes, wenn auch ideales Ziel: Keine krisenbedingten Kündigungen, die durch die Krise unvermeidbare Reduktion des Arbeitseinsatzes (in Stunden) erfolgt ausschließlich durch Verringerung der Arbeitszeit. Dafür sprechen ökonomische, soziale und politische Gründe:

- Die Qualifikationen der Arbeitskräfte bleiben erhalten.
- Die Anpassung der Produktionsabläufe durch Arbeitszeitverkürzung ist zu meist leichter zu bewältigen als durch Verringerung des Personalstands.
- Die „*corporate identity*“ in den Unternehmen wird gestärkt.
- Im Gegensatz zu einer generellen Arbeitszeitverkürzung ist Kurzarbeit auf die unterschiedliche Auftragslage in den einzelnen Betrieben abgestimmt.
- Die Konsumnachfrage wird stabilisiert, nicht zuletzt, weil Angst gemindert und Zuversicht gestärkt wird.
- Das gemeinsame Interesse von Arbeitnehmern und Unternehmern an einer solchen Bewältigung der Krise wird ins Zentrum gerückt, in der soziale Sicherheit und ökonomische Effizienz erhalten bleiben.

Um das „große Ziel“ zu erreichen, nämlich die Anpassung des Arbeitseinsatzes an den Produktionsrückgang primär durch Kurzarbeit zu bewältigen, muss es den höchstmöglichen gesellschaftlichen Stellenwert bekommen. Politik und Medien tragen dazu bei, dass vorbildhafte Realisierungen dieses Ziels das Prestige des ent-

2 Die nachfolgenden Vorschläge sind in einer jüngsten Studie zur Krise ausführlicher dargestellt. Dort werden darüber hinaus auch Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auf europäischer Ebene und auf globaler Ebene skizziert (Schulmeister, 2009).

sprechenden Unternehmens steigern. Gleichzeitig müsste das österreichische Kurzarbeitsmodell entsprechend folgender Leitlinien modifiziert werden:

- Kurzarbeit soll für den Unternehmer auch (und gerade) in einer längerfristigen Krise attraktiver sein als Kündigung. Daher ist nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu bezahlen. Zumindest für Dauer der Krise sollte es keine Behaltepflcht nach Auslaufen der Kurzarbeit geben.
- Das Modell der Kurzarbeit muss auch für Klein- und Mittelbetriebe praktikabel sein, allerdings ist Prävention gegen Missbrauch vorzusehen.
- Die Netto-Einkommen der KurzarbeiterInnen werden in etwas höherem Maß vom AMS gestützt als bisher (analog zum deutschen Modell).
- Es werden einheitliche Regelungen geschaffen, ArbeitnehmerInnen in Branchen mit schwachen Gewerkschaften sollten nicht schlechter gestellt sein als etwa die Beschäftigten in der Metallindustrie.

Eine solche Reform würde Kurzarbeit für die Unternehmer billiger und für den Staat (ein wenig) teurer machen. Letzteres gilt aber nur in kurzfristig-buchhalterischer Betrachtung. Längerfristig sind die Kosten einer anhaltenden Spaltung der Gesellschaft in immer weniger Beschäftigte und immer mehr Arbeitslose viel teurer. Gerade in einer längerfristigen Krise muss diese Form der Solidarität, betrieblich und überbetrieblich, höchste Priorität bekommen.

Die Notwendigkeit einer Anpassung des Kurzarbeitsmodells an die Bedingungen der großen Krise zeigt ein Vergleich mit Deutschland. Obwohl das BIP in Deutschland (noch) stärker schrumpfte als in Österreich, war die Zahl der Arbeitslosen im Juni 2009 in Deutschland nur um 8% höher als vor einem Jahr, in Österreich aber um 33%. Dahinter steckt: Kurzarbeit wird in Deutschland viel stärker genutzt. So dürften derzeit in Deutschland 1,5 Mio Menschen kurzarbeiten, dies sind in Relation zur Zahl der Arbeitslosen 44%. Die Vergleichszahl für Österreich beträgt etwa 23% (ca 52.000 KurzarbeiterInnen).

Hauptgrund für diesen Unterschied: Für Unternehmer in Deutschland ist Kurzarbeit attraktiver als in Österreich: De facto bezahlt der Unternehmer nur mehr Lohnkosten im Ausmaß der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit (wenn er gleichzeitig Qualifizierungsmaßnahmen setzt), Behaltepflcht gibt es keine.

5.2 Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

Diese sollte in zweierlei Form erfolgen. Erstens muss wegen der Länge der Krise auch die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld verlängert werden, und zweitens sollten die Netto-Ersatzraten angehoben werden. Zumindest drei Gründe machen diese Maßnahmen vordringlich: Erstens, die entsprechende Beträge steigern zu 100% den Konsum, der Anteil importierter (Vor)Leistungen ist gering, das Meiste wird für die Grundbedürfnisse verwendet. Zweitens, die Arbeitslosenunterstützung in Österreich ist mit Abstand die niedrigste aller EU-Länder mit vergleichbarem Einkommensniveau. Drittens, jene, die von der Krise am stärksten betroffen sind, waren an ihrem Entstehen kaum beteiligt.

5.3 Bedarfsorientierte Grundsicherung

Aus ähnlichen Gründen wie im Fall eines höheren Arbeitslosengeldes muss diese Maßnahme des Regierungsprogramms so rasch wie möglich realisiert werden. Denn mit der Ausweitung der Krise wird auch die Armut in Österreich zunehmen.

5.4 Zusätzliche (Infrastruktur)Investitionen von Gemeinden

Der Bund bzw die von ihm ausgegliederten Gesellschaften im Bereich der Infrastruktur (ASFINAG, ÖBB, SchiG) können ihre Investitionen primär in Form von Großprojekten steigern, deren Impulse regional stark konzentriert sind und die überdies lange Vorlaufzeiten haben.

Regional wesentlich breiter gestreut und viel rascher umsetzbar wäre eine Ausweitung der Investitionen von Gemeinden und (eingeschränkt) der Länder. Deren Investitionen umfassen eine Unzahl von kleineren Projekten, welche in vielen Fällen (nahezu) baureif sind und nur aus Mangel an Finanzierungsmittel erst in den kommenden Jahren schrittweise in Angriff genommen werden sollen. Ein Vorziehen solcher Investitionen wäre ein ideales Instrument zur Bekämpfung der Krisenausbreitung. Dazu benötigen die Ländern und Gemeinden allerdings zusätzlich Finanzmittel vom Bund.

5.5 Massive Forcierung der thermischen Gebäudesanierung

Würde der Bestand an Wohngebäuden in Österreich über einen Zeitraum von 10 Jahren auf den Niedrigenergie-Standard gebracht werden, so ergäbe dies ein Investitionsvolumen von etwa € 5,7 Mrd pro Jahr.³ Seine Realisierung würde nahezu 100.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen, davon etwa 62.000 in der Bauwirtschaft. Je nach Typ und Altersklasse des Gebäudes ergäbe sich eine Reduktion der Heizkosten von 70% bis 80%. Dementsprechend hoch wäre die Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Eine flächendeckende thermische „Generalsanierung“ würde daher einen großen Beitrag zur Erreichung künftiger Klimaziele leisten („Kyoto-Nachfolge“), die Energieabhängigkeit Österreichs verringern und die Leistungsbilanz verbessern.

Die Realisierung einer „thermischen Generalsanierung“ erfordert eine konzentrierte Aktion und damit eine organisatorische „Vernetzung“ von Bund, Ländern, Gemeinden, Gebäudeeigentümern, Bauwirtschaft und Kreditapparat mit folgenden „Zwischenzielen“:

- Durchführung einer nachhaltigen Informationskampagne.
- Einrichtung von Servicestellen, welche den Wohnhauseigentümern „maßgeschneiderte“ Pläne über die jeweils optimale Investition erstellen.
- Sicherstellung, dass die Banken nur die früher übliche Zinsspanne verrechnen (bei hypothekarischer Besicherung wären die Kredite nahezu risikolos).

3 Siehe dazu die jüngste WIFO-Studie (Kletzan *et al*, 2008). In Abschnitt 5 dieser Studie werden das Investitionsvolumen und die dadurch ausgelösten Produktions- und Beschäftigungseffekte unter der Annahme einer Sanierungsrate von 3% geschätzt. Dieser Wert wurde auf eine Sanierungsquote von 10% hochgerechnet.

- Um ein Investitionsvolumen von etwa € 6 Mrd zu erreichen, sollte der Staat jedes Projekt mit etwa 20% seiner Kosten fördern.

Es bedarf also etwa einer Verzehnfachung der bisher vom Bund bereitgestellten Mittel. Diese nicht bereitzustellen, bedeutet, auf eine hoch rentable Investition zu verzichten und gleichzeitig auf eine nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit.

Die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der thermischen Gebäudesanierung waren erfolgreich, aber im Volumen unzureichend. Daher ist der „Fördertopf“ des Bundes bereits nach 3 Monaten leer. Diesen nicht wieder aufzufüllen, ist auch aus folgendem Grund ein Fehler: Wer keine Förderung mehr bekommen hat, wird eine solche Maßnahme allein schon aus Ärger darüber unterlassen.

5.6 Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus

Die heranwachsende Krise verschlechtert die ökonomische und soziale Lage der „Jungen“ besonders stark. Der Hauptgrund dafür ist der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit unter 15-30 Jährigen. Sie werden sich daher nicht - wie geplant - Wohnraum zu Marktpreisen schaffen können. Gleichzeitig wird sich die Krise in der Bauwirtschaft massiv verschärfen. Eine spürbare Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus, sei es in Form zusätzlicher Wohngebäude von Gemeinden oder von gemeinnützigen Genossenschaften, würde die Wohnmöglichkeiten der Jungen verbessern und gleichzeitig auch die Lage in der Bauwirtschaft stabilisieren.

5.7 Regulierungsmaßnahmen im Finanzsektor

Der Staat sollte seinen Einfluss auf das Verhalten der Banken verstärken, nicht zuletzt wegen der erheblichen Mittel, die er zu ihrer Unterstützung bereitstellt hat. Ziele einer staatlichen Mitbestimmung sind:

- Die niedrigen Refinanzierungskosten von etwa 1% müssen im maximalen Ausmaß an Kreditnehmer weitergegeben werden, und zwar nicht nur im Hinblick auf neu vergebene Kredite, sondern insbesondere auf den Bestand.
- Lockerung der „Kreditklemme“, eventuell gefördert durch Haftungsübernahmen der öffentlichen Hand.
- „Durchleuchtung“ der verschiedenen Geschäftsfelder österreichischer Banken. So fördern die ERSTE, die Unicredit und die Raiffeisen Landesbank OÖ via Tochtergesellschaften (brokerjet, Direktanlage, Bankdirekt) spekulative Aktivitäten ihrer Kunden durch Beratung, Seminare und andere Fortbildung in der „Kunst des Trading“. Es versteht sich von selbst, dass die Amateure als Gruppe immer die Verlierer sind.

5.8 Ausbau der sozialen Dienste

In jeder schweren Krise nimmt der Bedarf an sozialstaatlichen Dienstleistungen zu, insbesondere zur Förderung der am stärksten Betroffenen. Dazu gehören etwa arbeitslos Gewordene oder junge Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung keinen Job finden, aber auch von Armut bedrohte Personen, von allein erzie-

henden Müttern bis zu Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu kommt - unabhängig von der Krise - die massiv steigende Nachfrage nach Betreuungsleistungen aller Art für alte Menschen.

Literaturverzeichnis

Kletzan-Slamanig, D./Köppl, A./Artner, H./Karner, A./Pfeffer, I., Energieeffiziente Gebäude. Potentiale und Effekte von emissionsreduzierenden Maßnahmen, WIFO-Studie, Wien, Oktober 2008

Schulmeister, S., „Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit“, Internationale Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung (1998) 1

Schulmeister, S., Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das Europäische Modell, in *Hein, E./Heise, A./Truger, A.* (Hrsg), Finanzpolitik in der Kontroverse, Metropolis-Verlag, Marburg (2004) 23-69

Schulmeister, S., Die neue Weltwirtschaftskrise - Ursachen, Folgen, Gegenstrategien, Arbeiterkammer Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr 106, Wien, Mai 2009

Abstract

JEL-No: N1, N2, P1

The big crises - diagnosis and therapy

Within 18 months a mortgage crisis in the US has turned into a deep crisis of the world economy. This process was driven by the simultaneous devaluation of stock wealth, housing wealth and commodity wealth. The potential for the decline of the respective asset prices had been "built up" during the boom of these prices between 2003 and 2007. The "long swings" of all kinds of asset prices represent a characteristic feature of "finance capitalism", i. e., that system which has shaped economic development over the past 35 years. Hence, the current crisis represents also a crisis of this system as a whole. The characteristics of "finance capitalism" are in marked contrast to those of "real capitalism", i. e., that regime which shaped the first half of the post-war period. Finally, the paper presents some measures to mitigate the current crisis in a small economy like Austria.